

## **Kleine Anfrage 811**

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

### **Nachfrage zur Kleinen Anfrage Nr. 739: Ortsteilbudgets: Landesregierung wird um substantiierte Antwort gebeten**

Die Beantwortung der KA Nr. 739 erfolgte in völlig unzureichender Weise. Die Landesregierung vermittelt mit ihrer Antwort den Eindruck, als sei die Mittelverwendung von Ortsteilbudgets völlig eindeutig und klar. Dies wird der gelebten Wirklichkeit vieler Ortsvorsteher nicht gerecht, die sich Diskussionen mit der Gemeindeverwaltung regelmäßig ausgesetzt sehen. Zugleich ist darauf hinzuweisen, dass bei bestehenden praktischen Problemen der pauschale Verweis auf eine Bestimmung in der KomHKV wahrlich keine Hilfe ist. Es ist daran zu erinnern, dass die Beantwortung der Kleinen Anfrage zum Ziel haben soll, Sachverhalte aufzuklären und ggf. den betroffenen Kreisen eine brauchbare Handhabe zu liefern.

Deswegen frage ich die Landesregierung erneut bzw. konkret:

1. Für welche Art von Gegenständen, Veranstaltungen etc. können die Ortsteilbudgets verwendet werden. Der Verweis auf § 46 Abs. 3a S. 2 BbgKVerf hilft nicht, da dieser unterschiedlich angewandt wird. Bitte konkrete Maßnahmen, die finanzierbar sind, auflisten und Gegenbeispiele darlegen, die es nicht sind.
2. Auf welche Ausschreibungsregeln ist zu achten? Wenn der Ortsvorsteher alleinverfügbefugt ist, liegt es auf der Hand, dass er Ausschreibungsbestimmungen kaum einhalten kann. Daher ist der pauschale Verweis auf § 30 KomHKV ebenfalls nicht zielführend. Es wird um Erläuterung gebeten, bei welchen unter Frage 1 identifizierten, finanzierbaren Gegenständen, Veranstaltungen etc. welche Ausschreibungsabläufe durch wen wie zu beachten sind.
3. Wie viele Gemeinden haben von der Regelung des § 46 Abs. 3, 3a, 6 BbgKVerf Gebrauch gemacht? Die Feststellung, dass die Kommunen selbst hierüber entscheiden, ist bekannt. Wenn der Landesregierung hierzu keine Informationen vorliegen, dann wird darum gebeten, diese zu erheben. Auch in anderen Themenbereichen werden (wenn es der Regierung opportun erscheint) Abfragen bei den Kommunen vorgenommen bzw. Auswertungen (hier etwa durch Prüfung der Hauptsatzungen) getätigt. Es wird um eine Antwort in der Sache gebeten.